

Arbeitsrichter erleichtern befristete Verträge

cbu. FRANKFURT, 7. April. Das Bundesarbeitsgericht hat es Arbeitgebern erheblich erleichtert, Mitarbeiter ohne besonderen Sachgrund befristet einzustellen. Künftig gelten Vorbeschäftigungen bei demselben Unternehmen nicht mehr als Hinderungsgrund, wenn sie länger als drei Jahre zurückliegen. Bisher konnten Arbeitnehmer, die einmal ohne einen Sachgrund befristet für ein Unternehmen gearbeitet haben, nur noch ganz eingeschränkt für den gleichen Arbeitgeber befristet tätig werden – auch wenn die erste Anstellung Jahre zurücklag und wie in dem vorliegenden Fall nur in einem Studentenjob bestand. Arbeitnehmer konnten nur noch dann befristet eingestellt werden, wenn das Unternehmen einen bestimmten Grund – etwa den Ersatz für eine Mitarbeiterin in Elternzeit – anführen konnte.

Die Bundesrichter sahen in dem bisher geltenden uneingeschränkten Verbot ein Einstellungs Hindernis, das die Vertragsfreiheit der Arbeitsvertragsparteien und die Berufswahlfreiheit des Arbeitnehmers in unzulässiger Weise beschränke. Bei ihrer Entscheidung stützten sie sich ausdrücklich nicht auf den Wortlaut des Teilzeit- und Befristungsgesetzes, das Vorbeschäftigungen eigentlich grundsätzlich in solchen Fällen verbietet. In einem ungewöhnlichen Schritt bezogen sie sich bei ihrer Entscheidung vielmehr auf eine „verfassungskonforme Auslegung“, die sich an dem Zweck des Teilzeit- und Befristungsgesetzes orientiert. Mit dem Verbot der Vorbeschäftigung beim gleichen Arbeitgeber sollten missbräuchliche Kettenbefristungen verhindert werden, argumentierten die Richter. Das sei bei langer Zeit zurückliegenden früheren Beschäftigungen typischerweise nicht der Fall (Az.: 7 AZR 716/09).

Getreidepreise steigen auch durch Spekulation

jul. FRANKFURT, 7. April. Finanzspekulant haben in den Jahren 2007 bis 2009 die Getreidepreise um bis zu 15 Prozent verteuert. Zu diesem Ergebnis kommt eine am Donnerstag veröffentlichte Studie, die der Bremer Ökonom Hans Bass im Auftrag des Vereins Deutsche Welthungerhilfe erstellt hat. 2008 hatten die Preise für manche Agrarrohstoffe Höchststände erreicht, in vielen Ländern kam es zu Hungerrevolten. Da die Preise für Weizen, Mais und Soja in den vergangenen zwölf Monaten wieder stark gestiegen sind, werden abermals negative Auswirkungen auf die Ernährung der Menschen in den Entwicklungsländern befürchtet.

Allerdings wirkten sich die Preissteigerungen an den globalen Rohstoffmärkten nur indirekt und verzögert auf die Entwicklungsländer aus, schreibt Bass. Steigende Weltmarktpreise führten zwar regelmäßig zu steigenden Importpreisen. Doch würden staatliche Maßnahmen wie Lebensmittelsubventionen die Weitergabe der höheren Nahrungsmittelpreise an die Konsumenten verzögern. Zudem würden arme Haushalte zuerst in anderen Bereichen sparen, bevor sie hungerten.

Unterdessen sind die Nahrungsmittelpreise im März leicht gesunken. Das zeigt der Index der Ernährungsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) an. Mit 230 Punkten lag der FAO-Preisindex 2,9 Prozent niedriger als im Februar, aber immer noch 37 Prozent höher als im März 2010. Dem FAO-Bericht zufolge gibt es Anzeichen für eine höhere Getreideproduktion in diesem Jahr. Die erwartete Zunahme reiche aber nicht aus, die Lager wieder aufzustocken, so dass die Preise bis 2012 hoch bleiben dürften.

Neue Grenzwerte für Lebensmittel aus Japan

hmk. BRÜSSEL, 7. April. Die Europäische Kommission will die Grenzwerte für die radioaktive Belastung von Lebensmitteln aus Japan absenken. Wie die EU-Behörde in Brüssel mitteilte, sollen die Mitgliedstaaten schon am Freitag beschließen, die Werte an die in Japan geltenden Vorgaben anzupassen. Die Kommission könnte die neuen Werte dann schon am kommenden Montag beschließen. Derzeit gilt in der EU eine Notverordnung, die die Gemeinschaft 1987 nach der Atomkatastrophe von Tschernobyl verabschiedet hatte, um schnell auf vergleichbare Unfälle reagieren zu können. Sie erlaubt der EU, die Einfuhr von Lebensmitteln aus den von dem Atomunfall in Fukushima betroffenen Regionen in Japan an umfassende Kontrollen auf deren radioaktive Belastung zu knüpfen. In Europa werden zudem Stichproben genommen. Das Inkraftsetzen der Notverordnung durch die Kommission hatte vor allem in Deutschland heftige Kritik ausgelöst, weil die in der Verordnung festgelegten Grenzwerte über den in Japan gültigen Werten liegen. So erlaubt die EU-Verordnung eine Belastung mit Cäsium von 1250 Becquerel je Kilogramm. In Japan sind nur 500 Becquerel erlaubt. Die Kommission erklärte, auch bei den EU-Grenzwerten von 1987 bestünden jedoch keine Gesundheitsrisiken.

Die Rettung für Portugal kommt nicht sofort

Die Details der Finanzhilfe sind noch offen. Derzeit wird über einen Kreditbedarf von mehr als 90 Milliarden Euro spekuliert.

wmu/mas. BRÜSSEL/BERLIN, 7. April. Die Euro-Gruppe und die EU-Finanzminister werden den portugiesischen Antrag auf Finanzhilfen auf ihrem informellen Treffen an diesem Freitag und Samstag im ungarischen Gödöllő besprechen. In Brüssel und Berlin wurde der Erwartung widersprochen, dass die Details einer etwaigen Hilfe – etwa die Höhe und die notwendigen Auflagen – schon an diesem Wochenende beschlossen werden könnten. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) wies darauf hin, dass jeder Hilfskredit nur unter der Bedingung eines „Anpassungsprogramms“ gewährt werden könne. Der Sprecher von EU-Währungskommissar Olli Rehn verweigerte jeden Kommentar zu einer möglichen Höhe der Kredite. Portugiesische Medien sprachen von einem Finanzbedarf von etwa 90 Milliarden Euro.

Für die Hilfskredite für Lissabon stehen grundsätzlich drei Quellen bereit. Der Euro-Hilfsfonds EFSF (Europäische Finanzstabilisierungsfazilität), der auf Garantien der Euro-Staaten basiert, hat ein Volumen von 440 Milliarden Euro, kann aber weniger verleihen. Dazu kommen Mittel aus dem Europäischen Finanzstabilisierungsmechanismus (EFSM, 60 Milliarden Euro), der durch den EU-Haushalt abgesichert ist. Der Internationale Währungsfonds (IWF) soll ein Drittel der Gesamtkredite übernehmen.

Nach den Regeln für die Krisenmechanismen muss die Euro-Gruppe zusammen mit den IWF-Gremien über den Antrag befinden. Er setzt zunächst die Analyse der wirtschafts- und finanzpolitischen Fakten des betreffenden Landes durch Fachleute der EU-Kommission, der Europäischen Zentralbank (EZB) und des IWF voraus. Rehns Sprecher sagte, diese



Besorgniserregende Nachrichten: Portugal braucht nach Griechenland und Irland nun auch Hilfe.

Foto AFP

Analyse sei aufgrund dauernder Kontakte mit Lissabon bereits weit fortgeschritten. Es wird damit gerechnet, dass in Gödöllő erstmals konkrete Zahlen über den Kreditbedarf genannt werden. Danach müssen EU-Kommission, EZB und IWF die Bedingungen eines wirtschafts- und haushaltspolitischen Reformprogramms aushandeln, wie sie dies bereits mit Griechenland und Irland getan haben. Nach Schäubles Angaben sind insgesamt zwei bis drei Wochen erforderlich, bis die Finanzminister eine endgültige Entscheidung über das Hilfspaket treffen können. Portugiesische Medien spekulieren, dass die erste Tranche der EU-Hilfen Anfang Mai ausgezahlt werden könnte.

Offen war am Donnerstag, inwieweit die nur noch geschäftsführende sozialistische Minderheitsregierung legitimiert ist, mit den internationalen Organen zu verhandeln. In Portugal finden Anfang Juni Parlamentswahlen statt. Rehns Sprecher sagte, diese Frage müsse in Portugal geklärt werden. „Wir verhandeln nicht mit

Bisherige Hilfen für Griechen und Iren

Griechenland und Irland waren vor Portugal die ersten Euro-Staaten, die Finanzhilfe in Anspruch genommen haben. Die Finanzierung der Hilfen ist unterschiedlich. Für Griechenland sind im Mai 2010, als sich die Schuldenkrise der Hellenen drastisch zuspitzte, bilaterale Hilfskredite der Euro-Staaten von 80 Milliarden Euro beschlossen worden; dazu kommen 30 Milliarden vom Internationalen Währungsfonds (IWF). Von den insgesamt 110 Milliarden Euro hat Griechenland bisher vier Tranchen in Höhe von jeweils 10 bis 20 Milliarden Euro ausgezahlt bekommen. Der deutsche Anteil an den Krediten für Griechenland beträgt über die drei Jahre insgesamt 22,4 Milliarden Euro. Das Hilfspaket für Irland beruht nicht auf

bilateralen Krediten, sondern wird aus den neuen Krisenfonds bedient. Es beträgt 85 Milliarden Euro, davon tragen irische Pensionsfonds 17,5 Milliarden Euro. Den externen Beitrag zum Paket von 67,5 Milliarden Euro tragen zu einem Drittel der IWF und zu zwei Dritteln die Europäische Union. Die europäischen Beiträge verteilen sich auf verschiedene Töpfe. Der aus dem EU-Haushalt abgesicherte EFSM steuert 22,5 Milliarden Euro bei. Mit 17,7 Milliarden Euro bürgt der von den Euro-Staaten direkt abgesicherte EFSF. Deutschland bürgt für das Gesamtpaket mit etwas mehr als 10 Milliarden Euro. Bislang sind nach Auskunft der EU-Kommission nur geringe Beträge aus dem Paket an Irland geflossen. wmu.

Zinserhöhung bremst den deutschen Aufschwung kaum

Wirtschaft gibt sich gelassen / Verschuldete Haushalte müssen in Irland und Spanien sofort mehr zahlen

ruh. FRANKFURT, 7. April. Die erste Leitzinserhöhung der Europäischen Zentralbank (EZB) seit dem Sommer 2008 dürfte die Erholung der deutschen Wirtschaft kaum bremsen. Zumindest geben sich die Unternehmerverbände betont gelassen. Und die Wirtschaftsforschungsinstitute haben gerade gewarnt, „durch die niedrigen Zinsen der EZB wird die Preisstabilität in Deutschland zunehmend gefährdet“. Sie fordern daher eine geldpolitische Straffung.

In Portugal, Spanien und Irland haben die meisten Hypotheken variable Zinsen – dort steigt die Belastung.

„Die Erhöhung des Leitzinses liegt wegen der rasanten Geldvermehrung der letzten Monate und der wachsenden inflationären Tendenzen nahe“, sagte der Präsident des Verbandes Die Familienunternehmen, Patrick Adenauer. Der Arbeitgeberverband Gesamtmetall sieht die Risiken eher in den steigenden Preisen, vor allem für Energie und Rohstoffe, und befürwortet deshalb den Zinsschritt der EZB. Zwar treffe die Verteuerung von Krediten die Metall- und Elektro-Industrie besonders, weil häufig auch die Kunden auf eine Kreditfinanzierung ihrer Bestellungen von Maschinen, Anlagen oder Fahrzeugen angewiesen seien. Eine moderate

Erhöhung gefährde den Erholungsprozess aber nicht. Gerade haben Deutschlands führende Wirtschaftsforschungsinstitute für dieses Jahr 2,8 Prozent Wachstum prognostiziert. Selbst die Bauwirtschaft fürchtet keine größeren Belastungen, obwohl die Finanzierung von Immobilienkrediten künftig teurer werden dürfte. Für den Hausbauer sei es wichtiger, dass er einen sicheren Job habe und gute Einkommensperspektiven, heißt es beim Branchenverband der Bauwirtschaft.

Das klingt beinahe so, als hätte die Zinserhöhung gar keine ökonomischen Auswirkungen, was natürlich auch nicht richtig ist. Dem ersten Zinsschritt werden bis Jahresende vermutlich zwei weitere Erhöhungen folgen. Zumindest erwarten die meisten Bankanalysten Ende 2011 einen Leitzins von 1,75 Prozent. Das wird zunächst vor allem die Zinsen für Kredite mit kürzeren Laufzeiten nach oben treiben. Auf längere Sicht erhöht sich auch der Aufwärtsdruck für die Zinsen auf den Anleihemärkten. Allerdings geben die Banken veränderte Marktinzinsen häufig erst mit einiger Verzögerung und nicht immer vollständig an ihre Kunden weiter. Die Bundesbank hat das für die neunziger Jahre untersucht und beobachtet, dass die Banken ein Schwanken ihrer Zinsmarge hinnehmen. Sie passen die Zinssätze für neue Kredite also nicht immer sofort an. Die neunziger Jahre waren jedoch überwiegend von sinkenden Marktinzinsen geprägt. Und da hielten sich die Banken bei der Senkung der Überziehungszinsen



Wenn sich der Kredit verteuert: Bau ruinen auf Mallorca.

Foto Matthias Lüdecke

merklich zurück. Selbst auf längere Sicht habe ein Marktinzinsrückgang nur zu einer 70-prozentigen Rücknahme der Kreditzinzen geführt, heißt es in der Bundesbank-Studie. Daraus lässt sich jedoch leider nicht schließen, dass die Banken nun beim beginnenden Erholungszyklus ähnlich zögerlich zugunsten ihrer Kunden vorgehen werden.

Für deutsche Bauherren dürften sich also die Finanzierungskosten allmählich verteuern. Die Kreditzinzen für die meis-

ten schon bestehenden Immobilienkredite verändern sich aber nicht, weil hierzulande fast ausschließlich Kredite zu festen Zinsen vereinbart werden. Auch die Konditionen für neue Kredite hängen eher an den langfristigen Marktinzinsen als am Leitzins. Doch der Aufwärtsdruck auf die Marktinzinsen dürfte nach und nach auch die Kreditkonditionen für Immobilienkredite erhöhen.

Viel unmittelbarer ist die Wirkung der Leitzinsänderung in Portugal, Spanien

und Irland. Dort werden Immobilienkredite ganz überwiegend mit variablen Zinssätzen abgeschlossen. Anders als in Deutschland gilt also nicht ein fester Zinssatz für die gesamte Laufzeit, sondern er schwankt mit den Marktzinsen. Ein wichtiger Bezugspunkt ist dafür der Euribor-Satz, den sich Banken untereinander für dreimonatige Leihgeschäfte berechnen. Private Kreditnehmer zahlen diesen Satz zusätzlich eines Aufschlags. Steigen die Marktzinsen wird – häufig in einem vierteljährlichen Turnus – auch der Zins für den Immobilienkredit angepasst. Bei einem Kredit über 200 000 Euro belastet ein um 0,75 Punkte höherer Zins den Haushalt einer Familie immerhin mit zusätzlich 125 Euro im Monat. Fast 100 Prozent der Immobilieneigentümer in Portugal, 90 Prozent in Spanien und gut zwei Drittel in Irland haben Immobilienkredite mit variable Zinsen vereinbart. Angesichts der niedrigen Zinsen hätten diese Verträge zuletzt noch an Beliebtheit zugelegt, heißt es bei der europäischen Vereinigung der Hypothekenbanken (EMF).

Die Ratingagentur Standard & Poor's erwartet deshalb für Portugal eine steigende Zahl von Hypothekenschuldnern, die Zins und Tilgung nicht mehr vollständig aufbringen können. Allerdings werde der Anstieg moderat sein, erwartet S&P. denn das Ausgangsniveau der Zinsen sei niedrig. Ein größeres Risiko sei aus Sicht der Banken dagegen die steigende Arbeitslosigkeit, die ihre Kreditnehmer in Schwierigkeiten bringen kann.

Bankenverband gegen Auflagen

Neue Eigenkapitalregeln erhöhten Finanzrisiken

pwe. WASHINGTON, 7. April. Der Internationale Bankenverband warnt vor einer vorschnellen Einführung gesonderter Regularisierungsaufgaben für systemrelevante Finanzinstitute. Der Verband habe „signifikante Vorbehalte“, schreibt der Geschäftsführende Direktor des Instituts of International Finance (IIF), Charles Dallara, in einem Brief an die Finanzminister der zwanzig führenden Industrie- und Schwellenländer (G 20). Die Einordnung bestimmter Finanzinstitute als systemisch wichtige Institute auf Basis enger Kriterien könne mögliche Finanzmarkttrisiken erhöhen anstatt sie zu verringern, heißt es in dem Schreiben.

Dallara weist darauf hin, dass so eine neue Kategorie von Finanzinstituten geschaffen werde, die von den Marktteilnehmern als zu groß angesehen würden, um unterzugehen („too big too fail“). Der Verband rät auch zur Vorsicht, diesen Finanzinstituten zusätzliche Eigenkapitalanforderungen aufzulegen. Es müsse bedacht werden, dass Finanzgeschäfte wieder in den unregulierten „Schattenbanksektor“ umgeleitet werden könnten.

Der Verband empfiehlt, mit solchen Auflagen zu warten, bis die Folgen der

schon beschlossenen neuen Regularierungen besser verstanden seien. Dallara fordert darüber hinaus, dass die neuen Basel-III-Eigenkapitalregeln international einheitlich eingeführt werden. Die Regeln würden einerseits als Minimalregeln präsentiert, aber auch als globaler Standard, heißt es. Die Banken fürchten, dass zusätzliche Sonderauflagen in manchen Ländern die globale Aufsichtslandschaft fragmentieren könnten. Nationale Abweichungen, um die Eigenkapitalstandards noch zu verschärfen, sollten nach Ansicht des Bankenverbands nur auf außergewöhnliche Umstände begrenzt werden.

Die bessere Wirtschaftsentwicklung auch in großen Industriestaaten hat die Befürchtung des Verbands, dass die neuen Regularierungen die Wirtschaft belasten, nicht gedämpft. Die Schwäche der Bankausleihungen in vielen Ländern zeige, dass die Regularisierungsreformen im Verbund mit konservativem Verhalten der Banken die Kredite begrenzen könnten, heißt es unter anderem. Die Bankausleihungen an Unternehmen lägen in den Vereinigten Staaten immer noch niedriger als vor Jahresfrist und in Europa kaum über dem Vorjahreswert.

Brasilien stemmt sich gegen Real-Aufwertung

BRASILIA, 7. April (dpa). Brasilien will die Aufwertung der heimischen Währung Real gegenüber dem amerikanischen Dollar bremsen. Finanzminister Guido Mantega kündigte dazu eine Steuerverschärfung für Auslandskredite an. Danach muss künftig eine 6-prozentige Finanzsteuer auf Kredite mit einer Laufzeit von unter 24 Monaten gezahlt werden. Bisher lag die Frist bei einem Jahr. Durch die Verschärfung solle der kurzfristige Dollar-Zufluss gedämpft und eine exzessive Aufwertung des Real vermieden werden, sagte Mantega. Brasilien registrierte im ersten Quartal 2011 einen Rekordzufluss an Dollar in Höhe von 35,2 Milliarden (umgerechnet 24,5 Milliarden Euro). Das waren nach Angaben der Zentralbank fast 45 Prozent mehr als im gesamten Vorjahr 2010. Die Dollar-Schwemme geht vor allem auf Auslandskredite brasilianischer Unternehmen und Banken zurück, die das in Amerika zu niedrigen Zinsen geliehene Geld in Brasilien mit deutlich höherer Verzinsung anlegen. Der Dollar notierte am Mittwoch kurzzeitig auf nur 1,60 Real. Das war der niedrigste Stand seit August 2008. Brasilien und andere Schwellenländer beklagen sich seit geraumer Zeit über destabilisierende Kapitalzuflüsse wegen der expansiven Geldpolitik der amerikanischen Zentralbank.

Ausgezeichnet für Performance, Kompetenz und Service.
LGT in Deutschland.

Seit Jahren werden wir in Deutschland regelmäßig von unabhängigen Experten für unsere Beratungskompetenz und Servicequalität prämiert:

- Beste große Fondsgesellschaft, Lipper Fund Awards 2011
- Bestnote »summa cum laude«, Handelsblatt Elite Report 2011
- Top 3 Private Banking Anbieter Deutschlands, Fuchsbriefer 2011

Überzeugen Sie sich selbst von unseren Leistungen.
LGT Bank Deutschland, Telefon 069 907 46 333

www.lgt.de
Berlin, Frankfurt, Hamburg, Köln,
Mannheim, München, Stuttgart

LGT Wealth Management

Ökonomen fordern Umschuldung Griechenlands

In ihrem Frühjahrsgutachten verlangen die Wirtschaftsinstitute einen Insolvenzmechanismus für den Euro-Raum. In Deutschland geht es derweil konjunkturell weiter bergauf.

sei für die Eurostaaten „das weitaus wichtigste Reformwerk“. Sie empfehlen der Bundesregierung, auf Änderungen am Rettungsschirm ESM zu dringen. Die Lage in Portugal unterstreiche den Handlungsbedarf, sagte Oliver Holtemöller vom Institut für Wirtschaftsforschung Halle. „Ein Rettungsmechanismus darf nicht dazu führen, dass Haushaltsrisiken systematisch vergemeinschaftet werden“, warnen die Ökonomen in dem Gutachten. Eine Beteiligung privater Investoren sei notwendig, doch bislang kaum zu erwarten. Die Ökonomen sehen die Gefahr, „dass private Gläubiger praktisch nie mit einem teilweisen Forderungserlass rechnen müssen“. Der ESM laufe auf eine „implizite Garantie für von Ausfall bedrohte Staatspapiere“ hinaus. Das könne dazu führen, dass die Solidarität der soliden Länder im Euro-Raum überstrapaziert werde, heißt es in dem Gutachten.

Carstensen machte keinen Hehl daraus, dass auch deutsche Banken von einem „Haircut“ in Griechenland betroffen wären. Das deutsche Bankensystem könne aber eine Umschuldung Griechenlands verkraften – und falls einzelne Banken in Schwierigkeiten gerieten, könne

immer noch der Restrukturierungsfonds einspringen. Für die Steuerzahler sei das besser, als das Risiko aller Banken zu tragen. Der Konjunkturchef des Kieler Instituts für Weltwirtschaft, Joachim Scheide, nannte es einen „Skandal“, dass die europäische Politik den Besitzern von Staatsanleihen aus den Peripheriestaaten die hohen Renditen garantiere. Er warnte davor, dass ein betroffener Staat eines Tages die Zinszahlungen an seine Gläubiger einstellen könnte, was zu dramatischen Verwerfungen führen würde.

Bei aller Notwendigkeit, die Finanz- und Wirtschaftspolitik in Europa besser abzustimmen, sehen die Institute mit Sorge eine „Tendenz zu wirtschaftspolitischen Zentralismus“. „Viele Vorlagen und Entwürfe der EU stehen mittlerweile unter der expliziten Überschrift der wirtschaftspolitischen Steuerung und entfernen sich damit vom Leitbild der Marktwirtschaft“, warnen die Institute in dem Gutachten. Sie fordern, die im Maastricht-Vertrag festgelegten Prinzipien der Subsidiarität und der finanzpolitischen Eigenverantwortung zu beachten.

Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland sehen die Ökonomen trotz

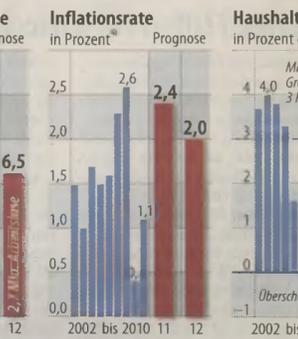
gestiegener Risiken aus dem Ausland optimistisch. Sie sagen 2,8 Prozent Wachstum in diesem und 2,0 Prozent im nächsten Jahr voraus. Die Inlandsnachfrage werde zulegen, der Außenhandel in geringerem Maße zum Wachstum beitragen als 2010. Schon in diesem Jahr soll die Arbeitslosigkeit unter die Drei-Millionen-Marke sinken; 2012 rechnen die Institute mit 2,7 Millionen Arbeitslosen. Die Neuverschuldung soll dieses Jahr auf 1,7 und nächstes Jahr auf 0,9 Prozent des Bruttoinlandsprodukts sinken. Für Steuersenkungen ohne gleichzeitige Ausgabenkürzungen sehen sie keinen Spielraum. Wegen der gestiegenen Energie- und Rohstoffpreise wird die Inflation ihrer Prognose nach 2011 auf 2,4 Prozent und 2012 auf 2,0 Prozent anziehen. Die Bruttoinlands- und -gehaltelöhne um 3,8 Prozent zulegen.

Wie stark der Aufschwung ist, zeigt auch der F.A.Z.-Konjunkturindikator, der vom Kieler Institut für Weltwirtschaft für diese Zeitung berechnet wird. Er kletterte im Februar um 1,6 Prozent auf einen Wert von 110,6 Punkten. Maßgeblich für den besonders kräftigen Anstieg ist, dass sich der Aufwärtstrend der Auftragseingänge in der Industrie fortsetzte.

Gute Aussichten für Deutschland



| Land | 2009 | 2010 | 2011 | 2012 |
|---------------------|------|------|------|------|
| China (ohne Hongk.) | 8,6 | 10,3 | 9,3 | 8,7 |
| Indien | 7,7 | 9,7 | 8,5 | 8,0 |
| Russland | -7,9 | 4,0 | 4,4 | 4,5 |
| Ver. Staaten | -2,6 | 2,9 | 3,0 | 2,8 |
| Japan | -5,2 | 3,9 | 1,0 | 2,4 |
| EU-27 | -4,2 | 1,8 | 1,7 | 1,8 |
| Deutschland | -4,7 | 3,6 | 2,8 | 2,0 |
| Frankreich | -2,6 | 1,5 | 1,7 | 1,7 |
| Italien | -5,0 | 1,3 | 1,1 | 1,3 |
| Großbritannien | -4,9 | 1,3 | 1,3 | 1,8 |
| Spanien | -3,6 | -0,1 | 0,7 | 1,1 |
| Welt | -1,9 | 4,0 | 3,4 | 3,3 |



Das rote China gibt sich grün

China baut die meisten Atommeiler, investiert aber auch am stärksten in erneuerbare Energien

itz. PEKING, 7. April. Spätestens seit den Reaktorunfällen in Japan weiß die Welt, dass nirgendwo mehr Atomkraftwerke gebaut werden als im Nachbarstaat China. Das Land weitet auch die fossile Stromerzeugung kräftig aus und investiert stärker in erneuerbare Energien als alle anderen Volkswirtschaften. Jede Woche geht ein Kohlekraftwerksblock westlicher Größe in Betrieb, im Monat sind das Kapazitäten von fast 4000 Megawatt. Im vergangenen Jahr zog das Land bei den Ausgaben für alternative Energien erstmals an Deutschland vorbei auf den ersten Platz. Nach einer Studie der Nichtregierungsorganisation Pew Charitable Trust in Washington betragen die Investitionen rund 54 Milliarden Dollar, in Deutschland waren es etwa 41, in Amerika 34 Milliarden.

ne auf Eis zu legen, bis die Sicherheit überprüft sei. Alle bestehenden Kraftwerke, etwa ein Dutzend, werden ebenfalls untersucht.

Anders als im Westen geht der Schwenk nicht auf Widerstände oder gar Proteste zurück. Jenseits der Panikkäufe von Salz und einiger kritischer Äußerungen

na. „Die Regierung fürchtet, dass mit einem Reaktor das ganze politische System in die Luft fliegen könnte, weil die Leute der Führung die fehlende Sicherheit ankreiden.“ Die Einschätzung mag übertrieben sein. Dennoch ist unverkennbar, dass Peking seine nuklearen Ambitionen zwar nicht aufgibt, aber drosselt. „Wir kom-

ten, Städten oder Erdbebenzonen nicht genehmigen werden. Das koste mindestens ein Jahr Zeit.

„Wir sehen keine bedeutende Veränderung am Nuklearkonzept, wohl aber eine technische und planerische Aufrüstung“, sagt Zhou Xizhou, stellvertretender Direktor von Cambridge Energy Research Associates in Peking. Dazu zählt er, dass der überhastete Ausbau in den Provinzen überprüft wird. In Hunan und Yunnan seien unsichere Baugelände bereits geschlossen worden. Zhous Institut hat ermittelt, dass alle bisherigen Einzelvorhaben zusammengenommen bis 2020 eine Nennleistung von 120 Gigawatt errichten. Das wären 50 Prozent mehr, als die Zentrale plant. „Wegen Fukushima dürften die überambitionierten Lokalregierungen zurückgepfiffen werden“, sagt Zhou.

Ein weiterer Effekt dürfte der noch stärkere Ausbau der erneuerbaren Energien sein. Bisher wurden sie stets im Zusammenhang mit der Atomkraft betrachtet. China hat sich das Ziel gesteckt, bis 2020 gut 15 Prozent des Primärenergieverbrauchs aus nichtfossilen Quellen zu decken, wozu es auch die Nukleartechnik zählt; bisher sind es etwa 8 Prozent. Das Ausbaubüro werde zwar nicht aufgeben, erwarten Fachleute, innerhalb der Gruppe dürfte die Kernkraft aber weniger stark wachsen als geplant.

Statt 7 Punkte zu den 15 Prozent beizusteuern, könnten es 6 oder noch weniger werden, rechnet Cao. „In diese Bresche müssen die erneuerbaren Energien springen.“ Davon könnte vor allem die Photovoltaik profitieren, erwartet Zhou. Während China bei der Nutzung von Wasser und Wind die Welt anführt und an Grenzen stößt, spielt der Solarstrom bisher keine Rolle. Doch selbst dann wüchse die Kernkraft noch immer stärker als überall sonst in der Welt, sagt der Experte. „Wenn die Diskussion um die Sicherheit erst einmal vorbei ist, geht der Ausbau weiter.“



Fernab der Küste: Atomkraftwerk in Haiyan im Osten Chinas. Foto AFP

Werbemarkt wächst um mehr als 10 Prozent

loe. FRANKFURT, 7. April. Der internationale Werbemarkt ist im vergangenen Jahr um 10,6 Prozent auf 503 Milliarden Dollar gewachsen. Dies teilte das Marktforschungsinstitut Nielsen am Donnerstag mit. Ein großer Teil dieses Zuwachses geht auf das Konto des Mittleren Ostens (plus 26,7 Prozent) und Lateinamerikas (plus 21,2 Prozent). Außerdem hat die Fußball-Weltmeisterschaft offenkundig viele Unternehmen dazu bewegt, ihre Werbeausgaben nach dem schwachen Jahr 2009 wieder zu erhöhen. Da Nielsen nur die Werbung in klassischen Medien analysiert – darunter fallen Fernsehen, Radio, Zeitungen und Zeitschriften –, dürfte der tatsächliche Anstieg angesichts der boomenden Online-Werbung noch höher sein. Von den Medien profitierte besonders das Fernsehen: Die Buchungen dort nahmen um 13,1 Prozent zu. Damit investieren die Unternehmen nun 62 Prozent ihrer Ausgaben für klassische Werbung in TV-Spots, so viel wie noch nie. Anzeigen in Zeitungen legten um 7 Prozent zu. Der größte Werbemarkt der Welt ist Amerika, gefolgt von China.

In drei Jahren Altschulden erlassen

Reform der Verbraucherinsolvenz angekündigt

jja. BERLIN, 7. April. Überschuldeten Privatpersonen und Unternehmensgründern sollen künftig ihre Schulden doppelt so schnell erlassen werden wie bisher. Das kündigte Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger auf dem Deutschen Insolvenzrechtstag am

Warnungen vor Wirtschaftsspionage

BERLIN, 7. April (dpa). Regierung und Sicherheitsbehörden warnen vor wachsenden Gefahren durch Wirtschaftsspionage. Die Bedrohungslage habe sich verschärft, sagte der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Ole Schröder (CDU), am Donnerstag auf einer Fachkonferenz in Berlin: „Im Ausland sprechen manche von Wirtschaftskrieg.“ Nach Schätzungen des Ministeriums verursacht Wirtschaftsspionage in Deutschland einen jährlichen Schaden von 20 bis 50 Milliarden Euro. „Russland und China sind Hauptträger von sogenannten Aufklärungsaktivitäten in Deutschland“, sagte Schröder. Der Präsident des Bundesamts für Verfassungsschutz, Heinz Fromm, erklärte, sehr häufig würden solche Aktivitäten „staatlicherseits unterstützt“. Die genannten Staaten hätten jahrzehntelange Erfahrungen in der Spionage und richteten ihr Interesse nun verstärkt auf wirtschaftliches Know-how, Technik und Wissenschaft. „Die Bedrohung ist massiv“, sagte Fromm. Deutschland sei ein ausgesprochen interessantes Zielobjekt.

Die Restschulden werden nur dann erlassen, wenn ein Viertel der Forderungen beglichen worden ist.

Donnerstag in Berlin an. Die sogenannte Restschuldbefreiung soll künftig bereits nach drei statt wie bisher nach sechs Jahren eintreten. „Der Anstieg auf 109 000 Verbraucherinsolvenzen im vergangenen Jahr zeigt, dass die Überschuldung privater Haushalte weiter zunimmt“, sagte die FDP-Politikerin. Kleinere Firmen gerieten öfter in eine finanzielle Schieflage, wenn sie unternehmerische Risiken ein-

Regierung will Lastwagenmaut auf weitere Straßen ausdehnen

Vorbehalte gegen Maut auf Personenkraftwagen

enn. BERLIN, 7. April. Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) will Spediteure und Fuhrunternehmer noch stärker in die Pflicht nehmen. Sie sollen künftig nicht nur auf Autobahnen Maut zahlen, sondern auch auf ausgewählten Bundesstraßen, auf die manche Lastwagenfahrer derzeit ausweichen, um Gebühren zu sparen. Rund 2200 Kilometer Bundesstraßen hatten Ramsauers Beamte als geeignet identifiziert; von bis zu 200 Millionen Euro zusätzlichen Einnahmen war die Rede. Doch die Koalitionsfraktionen haben das Gesetz inzwischen abgespeckt. Nun soll die Gebühr nur auf weiteren 1000 Kilometern erhoben werden. Die Regierung kann nun noch mit 100 Millionen Euro Mehreinnahmen rechnen, abzüglich des Entgelts für den Betreiber von 12,5 Prozent.

Die Autobahngebühr für Lastwagen bringt dem Bund – seit dem verstorbenen Beginn 2005 – verlässlich hohe Beiträge. 2010 flossen, obwohl die Wirtschaftskrise im Güterverkehr noch nachwirkte, rund 4,4 Milliarden Euro in den Haushalt. Fast die Hälfte aller Investitionen in Straße, Schiene und Wasserwege finanziert der Straßengüterverkehr damit inzwischen selbst. Der Opposition reichen die aktuellen Pläne der Koalition aber nicht; sie hegt Zweifel, dass die versprochenen Erlöse nur annähernd erzielt werden. Umweltverbände fordern eine Mautpflicht auf dem ganzen Straßennetz und eine Ausweitung auf Nutzfahrzeuge mit 3,5 Tonnen Gewicht; im Moment zahlen nur die Zwölf-Tonner.

Genug Geld, um die milliardenteure Investitionslücke im Straßenbau zu stopfen, käme aber auch damit nicht herein. EU-Verkehrskommissar Siim Kallas sagte in Berlin, die Finanzierung der Infrastruktur werde in ganz Europa immer schwieriger, zumal zu erwarten sei, dass das Aufkommen aus der Mineralölsteuer schrumpfe: „Eine verstärkte Nutzerfinanzierung ist der einzige Ausweg.“ Das bedeutet: Wie in vielen EU-Ländern könnten auch hier Fahrten mit dem Privatwagen bald der Maut unterliegen. Regelmäßig greift die CSU diesen Vorschlag auf – auch, weil den Bayern unangenehm auffällt, dass sie in Österreich eine Autobahn-Vignette kaufen müssen, während die Österreicher in Deutschland kostenfrei fahren. Auch aus der alten Landesregierung Baden-Württembergs, das an die Mautländer Schweiz und Frankreich grenzt, wurde der Vorschlag forciert vorgetragen. Jetzt for-

dern CSU-Chef Horst Seehofer und der bayerische Innenminister Joachim Herrmann (CSU) wieder eine Pkw-Maut. „Die Jahresvignette könnte 100 Euro kosten. Im Gegenzug sollte die Kfz-Steuer gesenkt werden“, sagte Herrmann. Durch die Maut könnten mehrere hundert Millionen Euro eingenommen werden, mit denen Straßen saniert werden könnten. So sollten auch ausländische Autofahrer einen Beitrag leisten.

In der Koalition stößt der Vorschlag auf Ablehnung. „Das haben wir im Koalitionsvertrag nicht vereinbart, und das planen wir auch nicht“, sagte der verkehrspolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Dirk Fischer, dieser Zeitung. Auch FDP-Verkehrspolitiker Patrick Döring warnt und nennt es „absurd, wenn der Lösungsansatz der Politik sich wieder einmal darauf beschränken würde, dem Bürger ins Portemonnaie zu greifen“. Der Staat müsse die vorhandenen Mittel effizienter für Erhalt und Ausbau der Infrastruktur einsetzen. In den Fraktionen wird überdies auf Berechnungen verwiesen, nach denen das von Ausländern gezahlte Aufkommen nicht einmal zusätzliche Systemkosten decke. Anders als im Lastwagenverkehr, wo zu einem Drittel Ausländer fahren, liegt der Anteil im Autoverkehr bei unter 10 Prozent.

Der Präsident des Automobilklub ADAC, Peter Meyer, kritisiert die „Hartnäckigkeit“ der Maut-Befürworter in der Politik. „Sie übersehen geflissentlich,

„Es ist absurd, wenn sich der Lösungsansatz der Politik wieder darauf beschränken würde, dem Bürger ins Portemonnaie zu greifen.“

Patrick Döring, FDP-Verkehrspolitiker

Aral lehnt E10-Strafzahlung ab

Erst gut die Hälfte der Tankstellen bieten den Biosprit an

eru. FRANKFURT, 7. April. Da die Mehrheit der Autofahrer den umstrittenen Biokraftstoff E10 an den Zapfsäulen weiterhin boykottiert, fordern die Tankstellenbetreiber die Bundesregierung auf, von den drohenden Strafzahlungen abzusehen. „Wenn sich das Verbraucherverhalten nicht ändert, werden wir die vorgeschriebene Bioquote nicht erfüllen können. Das liegt aber nicht daran, dass wir E10 nicht bereitstellen, sondern daran, dass der Kunde es nicht tankt. Dafür sollte man uns nicht bestrafen“, sagte ein Sprecher des deutschen Marktführers Aral dieser Zeitung. Ähnlich hatte sich am Vortrag der Konkurrent Shell geäußert. Gut 6 Prozent der Gesamtmenge des in diesem Jahr verkauften Kraftstoffs muss Biokraftstoff sein – sonst werden Strafzahlungen fällig. Diese dürften für die gesamte Branche einer dreistelligen Millionensumme erreichen, wird geschätzt. Aral betonte indes, die Rücknahme der E10-Einführung sei „für uns keine Option“.

Die Mineralölbranche selbst nimmt eine distanzierte Haltung zu E10 ein. Das Interesse an einer reibungslosen Einführung des neuen Kraftstoffs ist bei den Tankstellenbetreibern nicht sonderlich groß, weil es sich meist um Tochtergesellschaften der großen Erdölkonzerne handelt. Diese wiederum sind kaum im Geschäft mit der Herstellung von Bioethanol tätig, das dem E10 zu 10 Prozent beigemischt ist. Dementsprechend zögerlich wird die Ausstattung der Tankstellen mit neuen Zapfsäulen vorangetrieben. Nach Angaben des Aral-Sprechers haben erst 1300 der 2500 Tankstellen des Konzerns in Deutschland E10 im Angebot. An diesen Tankstellen zapfen gut ein Drittel der Autofahrer, deren Fahrzeuge sich dafür eignen, das E10-Gemisch. Um Zweifel an der Verträglichkeit für die Autos zu mindern, hat Aral eine telefonische Beratung eingerichtet. Zudem fordert die Branche eine Anpassung der Besteuerung, die sich am Energiegehalt ausrichten sollte.

Kurze Meldungen

SPD: Stromangebot reicht aus

Die Berichte über zunehmende Stromimporte nach der Abschaltung mehrerer Kernkraftwerke belegen nach Worten des stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, Ulrich Kelber, keinen Engpass in der heimischen Stromerzeugung. Die installierte Kapazität von mindestens 85 000 Megawatt (MW) übersteige die inländische Nachfrage von zuletzt 52 000 MW. Der Grund für die Importe seien die günstigeren Strompreise am europäischen Markt. Meldungen über wachsende Stromimporte sollten die Bürger nur verunsichern. ami.

Anstieg der Weltexporte

Die weltweiten Exporte haben im vergangenen Jahr um 14,5 Prozent zugelegt. Wie die Welthandelsorganisation (WTO) bekannt gab, handelt es sich dabei um den steilsten Anstieg seit 1950. Laut dem Jahresbericht der WTO wird der Trend auch 2011 anhalten. dapd

Vorsorge für Kasseninsolvenz

Die schwarz-gelbe Regierungskoalition will die Ansprüche von Versicherten, Ärzten und Krankenhäusern für den Fall der Insolvenz gesetzlicher Kassen verbessern. Um sicherzustellen, dass Rechnungen kurzfristig beglichen werden können, bevor andere Kassen einspringen, soll der Spitzenverband der Kassen einspringen und dafür Darlehen aufnehmen dürfen. Das folgt aus einem Änderungs-

antrag der Koalitionsfraktionen, der mit der Reform des Infektionsschutzgesetzes verabschiedet werden soll, wie dieser Zeitung erfuhr. Es gebe keinen aktuellen Anlass für diese gesetzgeberische Notfallmaßnahme. Nach den Plänen muss der Spitzenverband das vom Gesundheitsministerium zu genehmigende Darlehen binnen Jahresfrist zurückzahlen, Zinsen und Tilgung werden auf Mitgliedschaften umgelegt. Die Regelung soll bis Mitte 2012 befristet werden. ami.

Gute Stimmung im Mittelstand

Jedes dritte mittelständische Unternehmen verzeichnet Auftragszuwächse und steigende Umsätze; jedes vierte hat im vergangenen halben Jahr zusätzliche Mitarbeiter eingestellt. Das geht aus einer Umfrage von Creditreform unter 4300 kleine und mittlere Unternehmen hervor. Mehr als die Hälfte der Betriebe planen demnach auch Investitionen; die Mehrheit von ihnen höhere als zuvor. Verbessert haben sich zudem die finanzielle Aussichten der Firmen. 37 Prozent rechnen mit höheren Gewinn. rike.

Spargel frühreif

Spargel ist in diesem Jahr früher erntereif und günstiger. Bereits Ende März sei der erste deutsche Spargel geerntet worden, teilte die Agrarmarkt-Informationen-Gesellschaft mit. Das Kilo koste durchschnittlich 7,80 Euro – deutlich weniger als zu Saisonbeginn 2010. jagr.